URGENT ACTION

19. Oktober 2026

FEDEPESAN-Mitglieder weiter bedroht

Kolumbien

Yuly Velásquez und weitere Mitglieder des Fischerei- und Umweltverbands FEDEPESAN

Yuly Velásquez ist erneut bedroht worden: In Anrufen und mehreren SMS forderten Bandenmitglieder Schutzgeld und drohten, sie und ihre Familie „zum Weinen zu bringen", falls sie nicht zahlt. Erst kürzlich wurde sie in Kolumbien als „Menschenrechtsverteidigerin des Jahres 2026" ausgezeichnet.

Am 11. Oktober erhielt Yuly Velásquez einen Anruf und mehrere SMS. Der Anrufer gab sich als „Marihuano" zu erkennen, ein Bandenchef aus Barrancabermeja, der gerade im Gefängnis ist. Er sagte, dass seine Gruppe „The M" sie zu einem Treffen im Stadtviertel Boston vorladen würde. Dort müsste sie Schutzgeld bezahlen. Er behauptete, alle Gemeindesprecher*innen und Führungspersonen müssten zahlen. Yuly Velásquez ist die Vorsitzende des Fischerei- und Umweltverbands FEDEPESAN. Er verwies auch auf angebliche Verträge zwischen den Fischereiverbänden und Ölunternehmen in der Region. FEDEPESAN hat keine solche Verträge und Yuly Velásquez sagte ihm das.

Der Anrufer drohte, dass alle, die nicht zahlten, von seinen Männern „ausgeschaltet" werden, selbst wenn sie „mit zwei oder drei Leibwächtern unterwegs" seien. Die Drohung schien sich direkt auf die Schutzmaßnahmen zu beziehen, die Yuly Velásquez und weitere Mitglieder von FEDEPESAN erhalten. Der Anrufer machte klar, dass er über die Aktivitäten von FEDEPESAN informiert war. Er verwies auf deren Arbeit auf den Flüssen und Seen rund um Barrancabermeja. Abschließend drohte er Yuly Velásquez, sie werde noch am selben Tag „zusammen mit ihrer Familie zum Weinen gebracht", wenn sie die Forderungen nicht erfülle.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (per E-Mail, X-Nachricht, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Da das Innenministerium für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen zuständig ist, fordere ich Sie auf, gemeinsam mit den zuständigen Behörden die Gefahren für Menschenrechtsverteidiger*innen und Organisationen wie FEDEPESAN zu prüfen und wirksame Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Regierung muss Angriffe verhindern und sicherstellen, dass Menschenrechtsverteidiger*innen ihr Recht wahrnehmen können, sich für Menschenrechte, Umwelt und ihre Gemeinden einzusetzen.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **31. Dezember 2026** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den Innenminister:
Rodrigo Lara Restrepo, Minister of Interior
Carrera 8 # 7 – 83, Bogotá D.C., KOLUMBIEN
(Anrede: Dear Mr. Restrepo / Sehr geehrter Herr Innenminister)
E-Mail: servicioalciudadano@mininterior.gov.co
X: @MinInterior, @Rodrigo_Lara_

Schicken Sie eine Kopie an:
Botschaft der Republik Kolumbien
I. E. Frau Yadir Salazar Mejia
Taubenstr. 23
10117 Berlin
Fax: 030-2639 6125
E-Mail: ealemania@cancilleria.gov.co

Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe:
https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Brief International", ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Urgent Actions
Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin
T:+49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua
SPENDENKONTO: SozialBank AG . IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX

AMNESTY INTERNATIONAL

Sie können auch auf Englisch schreiben:

- As the Ministry of the Interior leads public policy on guarantees and protection for human rights defenders, I urge you to coordinate with the relevant authorities to assess the risks faced by human rights defenders and organisations such as FEDEPESAN that defend their territories and the environment, and to implement effective measures to ensure their protection and prevent attacks against them. The government must guarantee their right to defend human rights in Colombia.

Hintergrundinformationen

Fischerleute in Barrancabermeja, die dem Fischerei- und Umweltverband FEDEPESAN (*Federación de Pescadores Artesanales Ambientalistas y Turísticos del Departamento de Santander*) angehören, sind besorgniserregenden Schikanen ausgesetzt. Seit Jahren werden FEDEPESAN-Mitglieder bedroht und angegriffen, obwohl sie in der Region wichtige Arbeit leisten, um die Wasserqualität und biologische Vielfalt zu überwachen und die Rechte der Bewohner*innen auf Gesundheit, Wasser und eine sichere Umwelt zu verteidigen. Die FEDEPESAN-Vorsitzende Yuly Velásquez hat schon in der Vergangenheit Morddrohungen erhalten. Sie prangert seit Jahren Menschenrechtsverstöße, Korruption und Umweltverschmutzung in Barrancabermeja an. Erpressungsversuche und Drohungen durch bewaffnete Gruppen bringen sie in Gefahr und beeinträchtigen ihre Menschenrechtsarbeit massiv. FEDEPESAN wird von der Nationalen Einheit zum Personenschutz (Unidad Nacional de Protección - UNP) Schutz gewährt, die in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums fällt.

Die Region Magdalena Medio umfasst ein ausgedehntes Tal, durch das der Fluss Magdalena fließt. Erdöl ist eine der wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen in der Region. Die Stadt Barrancabermeja liegt im Herzen von Magdalena Medio in der Provinz Santander. Dort wird die größte Raffinerie des Landes betrieben. In dem Gebiet gibt es außerdem Agrarindustrie, Bergbau und Viehzucht sowie weitere Wirtschaftszweige. Aufgrund der fruchtbaren Böden und des Reichtums an wertvollen Ressourcen wie Öl und Wasser gilt die Region Magdalena Medio im Norden Kolumbiens als strategisch wichtig, und es kommt dort immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Stellen und bewaffneten Gruppen. In der Region Magdalena Medio haben eine basisdemokratische Mobilisierung und der Einsatz für die Menschenrechte außerdem seit Jahrzehnten Tradition. Die Kombination aus gewerkschaftlicher Organisation, feministischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und der Verteidigung der Menschenrechte haben vor Ort zu einer starken Zivilgesellschaft geführt. Dies führt in der Gegend zu Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, die seit den 1980er-Jahren, wenn nicht schon länger, anhält. In den vergangenen Jahren wurden in Magdalena Medio alarmierend hohe Zahlen von Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere Tötungsdelikte und Fälle des Verschwindenlassens, verzeichnet. All dies geschieht vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen in der Region, darunter die Gruppe *Ejército Gaitanista de Colombia* (EGC), auch bekannt als AGC oder *Clan del Golfo*, die derzeit größte bewaffnete Gruppe des Landes mit der ausgedehntesten Kontrolle über die Region. Dazu kommen weitere oppositionelle Gruppen, die sich aus ehemaligen FARC-Guerillakämpfer*innen zusammensetzen, die Guerillagruppe ELN, sowie lokale Banden, die mit einer oder mehreren dieser Gruppen verbündet sind.

Der Verband für traditionelle Fischerei, Umweltschutz und Tourismus im Departamento Santander (Federación de Pescadores artesanales, ambientalistas, y turísticos del departamento de Santander – FEDEPESAN) ist am See San Silvestre in der Nähe der Stadt Barrancabermeja tätig. FEDEPESAN fördert den nachhaltigen Fischfang und überwacht darüber hinaus die Wasserqualität und biologische Vielfalt. So dokumentiert die Organisation beispielsweise das Vorkommen von gefährdeten Tierarten wie dem Karibik-Manati. Gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation CREDHOS reichte FEDEPESAN eine Sammelklage ein, die im Juli 2025 zu einem Urteil führte, in dem bestätigt wurde, dass die Wasserverschmutzung in der Gegend San Silvestre gegen das Recht auf eine gesunde Umwelt verstößt. FEDEPESAN hat in der Vergangenheit über Wasserverschmutzung durch regionale Unternehmen berichtet, Korruption seitens der Umweltbehörden angeprangert, und die Anwesenheit bewaffneter Gruppen dokumentiert, die die Kontrolle über das Gebiet und seine Gewässer anstreben.

Hintergrundinformationen – Fortsetzung

Die Vorsitzende von FEDEPESAN, Yuly Velásquez, hat zahlreiche Formen von Gewalt erlebt, die von Amnesty International dokumentiert wurden. Dazu zählen eine Drohung im November 2020, Schäden an ihrem Haus durch Schüsse im Januar 2021, Einschüchterungen bei Protestaktionen im August 2021, ein Angriff mit einer Schusswaffe im Mai 2022 und ein weiterer im Juli 2022 (bei dem ein Wachmann ihres Schutzprogramms verletzt wurde). Amnesty International fordert die Regierung seit Juni 2022 auf, die Mitglieder von FEDEPESAN wirksam zu schützen, Vertreibungen der Fischer*innen zu verhindern und die Schikane gegen sie zu unterbinden (unter anderem mit mehreren Urgent Actions). FEDEPESAN wurde 2024 mit dem Menschenrechtspreis von Amnesty International in Deutschland gewürdigt und Yuly Velásquez wurde im September 2026 mit dem kolumbianischen Nationalen Menschenrechtspreis in der Kategorie „Defensora del Año“ (Menschenrechtsverteidigerin des Jahres) ausgezeichnet.

Amnesty International beobachtet seit einiger Zeit die Maßnahmen der kolumbianischen Behörden zur Risikobeurteilung der Lage der Fischerleute in Barrancabermeja. Im Jahr 2022 wurde mittels des Frühwarnsystems der Ombudsperson die Warnung AT 027 herausgegeben, und es gab Treffen der CIPRAT-Kommission, die dem Innenministerium untersteht und für Maßnahmen im Zuge des Frühwarnsystems zuständig ist. Trotz der Maßnahmen und der Aufmerksamkeit seitens der Behörden halten Drohungen und andere Formen des Drucks weiterhin an – ebenso bleibt der Bedarf an umfassenderen Schutzmaßnahmen, um das Recht auf Menschenrechtsverteidigung in Barrancabermeja und in der Region Magdalena Medio zu gewährleisten.